

Unter dem Motto "Ich glaube..." wurde am 26. Juli 2008 wieder der Christopher Street Day Stuttgart (CSD) gefeiert. Höhepunkt war die CSD-Parade durch die Stuttgarter Innenstadt. Den Polizeiangaben zufolge bekamen rund 165.000 Zuschauer des Umzugs am Samstagnachmittag dieses Mal aber eine außergewöhnlich politische Parade zu sehen. Fast alle der knapp 50 Gruppen mit etwa 2000 Teilnehmern griffen das diesjährige Motto "Ich glaube..." auf und vollendeten es auf die eine oder andere Weise. Der CSD Stuttgart erinnert an die ersten Aufstände von Homosexuellen in der New Yorker Christopher Street 1969 und ist der Größte dieser Art in Süddeutschland. Im Vorfeld hatten Bundeskanzlerin Merkel (CDU), Ministerpräsident Öttinger (CDU) und Sozialministerin Monika Stolz (CDU) ein Grußwort abgelehnt. Schirmfrau des CSD ist in diesem Jahr Gabriele Zimmer (MdB, Die Linke.). Es ist das erste Mal, dass diese Partei das Amt der Schirmherrschaft besetzt. Am Rande der Parade konnte ich der Schirmherrin Gabriele Zimmer einige Fragen stellen.

T.M.: Vielen Dank, dass Du dir die Zeit für ein Interview nimmst und natürlich auch, dass Du die Schirmherrschaft des diesjährigen CSD in Stuttgart übernommen hast. Ich möchte gerne gleich politisch einsteigen. Was hältst Du von den Absagen der Bundeskanzlerin Merkel, des Ministerpräsidenten Öttinger und der Sozialministerin Stolz, ein Grußwort abzugeben?

G.Z.: Ja, überhaupt nichts. Ich denke die Verweigerung von Grußworten ist Ausdruck dessen, dass es in der Öffentlichkeit noch immer den Eindruck gibt, dass der CSD eine Veranstaltung von Leuten ist, die anstößig sind und nicht das Recht auf Würde und selbstbestimmtes Leben einfordern und ich glaube es ist einfach feige, weil man sich damit einer Auseinandersetzung mit der eigenen Partei und auch vor allem der Kirche entzieht. Möglicherweise hat das Motto des diesjährigen CSD, "Ich glaube...", die Konfrontation noch ein bisschen zugespitzt, aber ich denke, wenn Kirche und die CDU das nicht aushalten können, dann sind sie wirklich noch nicht in der Gesellschaft angekommen. Dann müssen sie eigentlich hinterfragen, was sie wollen und für wen sie da sein wollen.

T.M.: Verstehst Du das als bürgerfern?

G.Z.: Ziemlich bürgerfern. Wenn ich mir die Bevölkerung nur so ausmale wie ich sie gern hätte, sie sollte möglichst nicht weltlich eingestellt sein und ein bigotter Lebenswandel wäre immer noch besser als offen zu sein und sich nicht zu seiner Identität zu bekennen, dann stimmt etwas nicht.

T.M.: Du sitzt im Europäischen Parlament. Gibt es da große Diskrepanzen in der Umsetzung von Rechten für Homosexuelle zwischen den neuen Ländern die dazu gekommen sind?

G.Z.: Ja, gibt es. Das hat sicher etwas damit zu tun, wie stark der Einfluss der katholischen Kirchen in den jeweiligen Ländern ist, aber auch, dass in den Jahren, Jahrzehnten davor die Frage der sexuellen Identität doch zum Großteil tabu war und dann in Umbruchsituationen immer die, die so scheinbar Unnormalen, dann auch Ziel von Auseinandersetzungen werden. Unzufriedenheit entlädt sich oftmals auch auf solche Gruppen. Ich finde es dringend notwendig, dass insbesondere die politischen Verantwortlichen, ich nenne zum Beispiel die polnische Regierung oder auch in anderen Ländern wie Ungarn, sich mit diesem Thema auseinander setzen. Es darf nicht sein, dass die Antidiskriminierungsrichtlinien von Europa als Vorbedingung um Mitglied der EU zu werden eingefordert werden, sondern diese Regierungen, wie auch unsere, müssen richtig etwas tun. Wir alle müssen uns dazu bekennen, gemeinsam mit Menschen, die sich auf ihre Art lieben und eine andere Vorstellung vom Leben haben als die offizielle Lebensweise, zusammenzuleben.

T.M.: Was müsste sich in Deutschland noch grundlegend ändern bzw. welche Entwicklungen sollten vorangetrieben werden?

G.Z.: Ich bin die Tage häufiger gefragt worden, ob es tatsächlich so wäre, dass hauptsächlich in osteuropäischen Ländern Homosexuelle diskriminiert werden? Haben wir das nicht auch noch in Deutschland? Warum schauen wir mit so einer großen Aufmerksamkeit nach Osteuropa? Ich sage dann immer, auch in Deutschland ist die Diskriminierung nach wie vor noch ein Thema. Wir können die Bundesländer untereinander vergleichen, die Städte mit dem ländlichen Raum und wir sehen da schon Unterschiede in der öffentlichen Akzeptanz, wie mit Schwulen selbst umgegangen werden kann und wie weit das akzeptiert wird. Der Aufschrei, wenn sich jemand outet, der zum Establishment gehört, ist nach wie vor groß und ich denke es gibt eine Reihe von Dingen die geändert werden müssen. Ich zähle dazu insbesondere auch die Erweiterung des Artikels 3 des Grundgesetzes, die Gleichstellung des Menschen unabhängig deren sexuellen Orientierung. Ich halte es nach wie vor nicht für gut, dass Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes nur auf der Grundlage vorhandener Gesetze auch so entscheiden. Dass zum Beispiel Lesbische und Schwule, Angestellte und Beamte/innen nicht gleichgestellt werden. Ich sehe noch Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie, bei der Durchsetzung, dass Menschen, mit unterschiedlicher Nationalität heiraten dürfen und ihnen auch ein würdiger Raum zur Verfügung gestellt wird und sie nicht ins Abseits gestellt werden. Ich sehe Handlungsbedarf bei der Frage Adoption von Kindern durch schwule oder lesbische Paare aber auch beim Thema Migration, weil insbesondere auch die Heiratmöglichkeiten gerade bei Menschen die nicht aus EU Staaten kommen mit Lesben und Schwulen doch sehr eingeschränkt werden, gerade auch in der Praxis. Also, in sofern gibt es doch noch jede Menge zu tun. Im Europaparlament diskutieren wir gerade die Antidiskriminierungsrichtlinie, über die Erweiterung dieser für die berufliche Ausbildung oder der beruflichen Tätigkeit. Da gibt es schon massive Proteste der deutschen Industrie. Dies zeigt die ganze Zwiespältigkeit und Heuchelei was gerade Wirtschaftsverbände deutlich machen. Antidiskriminierung ja - wenn ich nichts dafür als Gegenleistung bringen muss.

T.M.: Was bringst du mit zum CSD nach Stuttgart?

G.Z.: Ich hoffe für manchen, die erstaunt gefragt haben, was haben uns die Linken gerade auch zum CSD zu sagen, doch auch die Erkenntnis, das die Linke sich sehr wohl auch für soziale Rechte als auch persönliche aber auch individuelle Freiheitsrechte einsetzt. Dass sie sich dafür einsetzt, dass kein Mensch in diesem Europa diskriminiert werden darf, egal aufgrund welcher Lebensform und dass dafür noch jede Menge zu tun ist. Und aber auch das Erstaunen darüber, dass wir und unsere Forderungen mit Authentizität akzeptiert werden. Aber was ich auch mitgebracht habe ist, glaube ich, bei einer nachträglichen Reaktion, dass gar kein Mensch diskriminiert werden darf, egal zu welcher Gruppierung er oder sie sich zählen, weder Flüchtlinge, Asylanten, Migranten, noch Lesbische und Schwule und dass die Diskriminierung von Schwulen erst zu Ende ist, wenn die Diskriminierung aller genannten Gruppen nicht mehr besteht und gänzlich ausgeräumt worden ist.

T.M.: Vielen Dank für das Gespräch und viel Spaß bei der Parade.

Das Interview wurde am 26. Juli 2008, von Thomas Mitsch, Ansprechpartner der LAG Rote Reporter/Reporterinnen, der Partei Die Linke., Baden-Württemberg, geführt.